2019/51 Inland

https://jungle.world/artikel/2019/51/mehr-zeit-zum-leben-lieben-lachen

Her mit der Freizeit – der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung

Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen

Von **Stefan Dietl**

Nach Jahren des Stillstands und Rückschritts ist die Verkürzung der Arbeitszeit wieder das wichtigste Thema der Gewerkschaften und wird auch die Tarifauseinandersetzungen 2020 prägen.

Für Marx war die *disposable time*, die zur freien Verfügung stehende Zeit, die nicht durch den Zwang eines äußeren Zwecks bestimmt ist, das Maß des Reichtums. Seit Beginn der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung war das Ringen um mehr Freizeit, um kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub, freie Wochenenden, aber auch um eine möglichst selbstbestimmte Gestaltung der freien Zeit wesentlicher Gegenstand von Arbeitskämpfen.

Dem Versprechen von weniger Arbeit und mehr Zeit für Erholung und Genuss wohnte auch immer ein utopisches Element inne, das den Blick freigab auf die Vorstellung eines Lebens ohne Mühsal und Plackerei. Kein Wunder, dass es gerade die Kämpfe um kürzere Arbeitszeiten waren, die die Massen besonders enthusiastisch auf die Straße trieben.

In Deutschland war es in den vergangenen Jahrzehnten jedoch ruhig geworden im Kampf um die freie Zeit. Mehr als 35 Jahre ist es her, dass die IG Metall mit dem Slogan »Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen« und unter dem Logo einer lachenden Sonne den Einstieg in die 35-Stunden-Woche erkämpfte.

> Verhandlungserfolge werden die Gewerkschaften wohl nur mit großen Streiks durchsetzen können.

Zigtausende Metaller streikten 1984 für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden. Der Arbeitskampf wurde zum Politikum. Die schwarz-gelbe Bundesregierung stellte sich auf die Seite der Arbeitgeberverbände. Als »dumm, dreist und töricht«, bezeichnete Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) die Forderungen.

Den Worten folgten Taten: Die Regierung unterstützte offen das Kapital. Als die Arbeitgeber im Zuge des Streiks 500 000 Beschäftigte aussperrten, verweigerte die Bundesanstalt für Arbeit die Auszahlung von Kurzarbeitergeld, um »den Arbeitskampf zu verkürzen«. Ersatzweise Streikgeld für eine halbe Million Ausgesperrte auszuzahlen, hätte die Gewerkschaft jedoch schnell an den Rand des Ruins gebracht. Die IG Metall ging juristisch gegen die Aussperrung vor und gewann.

Aus der größten sozialen Machtprobe der Nachkriegszeit ging die IG Metall nach sieben Wochen Streiks und Aussperrungen auch insgesamt siegreich hervor. Mit der Einigung auf eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden war das Tabu der -Arbeitszeitverkürzung gebrochen. Bis 1995 setzte die IG Metall dann schrittweise die 35-Stunden-Woche durch. Auch in anderen Branchen gelangen den Gewerkschaften bis in die neunziger Jahre hinein Erfolge im Kampf um die *disposable time*.

Darauf folgten allerdings Jahre der Rückzugsgefechte in der Arbeitszeitfrage. Steigende Arbeitslosigkeit und die umfassende neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes machten den Gewerkschaften zu schaffen und drängten sie in die Defensive. In zahlreichen Branchen kam es nicht nur zum Stillstand, sondern zu einem regelrechten Rollback. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten stieg in manchen Bereichen Anfang der nuller Jahre die tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit. Um die mühsam erkämpften tariflichen Arbeitszeiten zumindest auf dem Papier halten zu können, mussten die Gewerkschaften immer öfter betriebliche Ausnahmeregelungen akzeptieren.

Verheerend wirkte sich insbesondere die gescheiterte Angleichung der Arbeitszeit in Ost- und Westdeutschland aus. So musste beispielsweise die IG Metall 2003 beim Versuch, auch im Osten die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, ihren Streik ohne Ergebnis abbrechen – eine herbe Niederlage.

Nicht nur in der größten DGB-Gewerkschaft spielte das Thema Arbeitszeitverkürzung seitdem mehr als zehn Jahre kaum noch eine Rolle. »Kein Thema zur betrieblichen Mobilisierung« und »nicht durchsetzbar« bekamen die Befürworter einer weiteren Arbeitszeitverkürzung auf gewerkschaftlichen Konferenzen häufig zu hören.

In den vergangenen Jahren wuchs jedoch der Wunsch nach mehr freier Zeit. So ergab eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, dass es der Hälfte der Arbeitnehmer wichtig wäre, kürzer zu arbeiten. Der Kampf um mehr Freizeit steht inzwischen auch wieder auf der gewerkschaftlichen Tagesordnung. Dabei geht es jedoch nicht nur um kürzere Arbeitszeiten, sondern auch um mehr Selbstbestimmung. Gegen eine weitere Flexibilisierung zugunsten der Unternehmen streiten immer mehr Arbeitnehmer für flexible Arbeitszeitmodelle zugunsten der Beschäftigten. Es entstand eine regelrechte Tarifbewegung für eine neue Arbeitszeitpolitik.

Vorreiter in der neuen Auseinandersetzung um die Zeit war die Eisenbahngewerkschaft EVG. Ihr gelang es, ein tarifliches Wahlmodell zu erstreiken. 2016 konnten die Eisenbahner erstmals zwischen einer Lohnerhöhung, sechs zusätzlichen Urlaubstagen oder einer Stunde weniger Wochenarbeitszeit wählen. In den Tarifverhandlungen der EVG des vergangenen Jahres wurde das Wahlmodell weiter ausgebaut.

Seinen vorläufigen Höhepunkt fand der neue gewerkschaftliche Kampf um mehr Freizeit in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2018. Schon der Verhandlungsauftakt wurde von Kundgebungen und Demonstrationen Tausender Metaller begleitet, Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder sprachen von einer »regelrechten Aufbruchstimmung«. Das lag kaum an der sich im üblichen Tarifrahmen bewegenden Forderung nach sechs Prozent mehr Gehalt, sondern vielmehr daran, dass die IG Metall zum ersten Mal seit der Schlappe im Kampf um die 35-Stunden-Woche im Osten wieder die Verkürzung der Arbeitszeit forderte.

Wer zu diesem Zeitpunkt in den Gewerkschaften noch dachte, die Arbeiter ließen sich nicht für Arbeitszeitfragen mobilisieren, wurde schnell eines Besseren belehrt.

Im intensivsten Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie seit Jahrzehnten legten mehr als 1,5 Millionen Beschäftigte die Arbeit nieder. Anders als in der Vergangenheit kam es nicht nur zu kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen, sondern auch zu 24-Stunden-Streiks. Etwa eine halbe Million Beschäftigte beteiligte sich an den ganztägigen Arbeitsniederlegungen und sorgte so für einen Produktionsausfall im Umfang von fast einer Milliarde Euro. Diese eindrucksvolle Machtdemonstration zwang die Arbeitgeber zu Verhandlungen. »Wir wollen nicht, dass die Betriebe lange stillstehen und die Straßen voller roter Fahnen sind«, sagte der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Rainer Dulger, anlässlich der Wiederaufnahme der Gespräche.

Statt für eine kollektive und dauerhafte Reduzierung der Arbeitszeit wie noch in den achtziger Jahren stritten die Metaller diesmal – ähnlich dem Wahlmodell der EVG – für die tarifvertraglich geregelte Möglichkeit individueller und temporärer Arbeitszeitverkürzungen. Seit Beginn des Jahres können Metaller nun ihre Arbeitszeit auf 28 Stunden reduzieren und später wieder zur 35-Stunden-Woche zurückkehren. Obwohl die Beschäftigten die Arbeitszeitverkürzung durch weniger Gehalt selbst bezahlen, wird die Option massenhaft in Anspruch genommen. Beschäftigte, die Kinder unter acht Jahren oder pflegebedürftige Angehörige haben – also diejenigen, für die eine Reduzierung der Arbeitszeit besonders wichtig ist –, können auf die vereinbarte tarifliche Zusatzleistung verzichten und stattdessen zusätzliche freie Tage in Anspruch nehmen.

In Ostdeutschland gelten diese Regelungen nicht. Am Mittwoch voriger Woche teilte die IG-Metall-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen mit, sie habe sich mit den Arbeitgebern nicht auf die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie einigen können.

Mehr Freizeit oder mehr Geld – an der Forderung dieser Wahlmöglichkeit entzündet sich auch linke Kritik an der neuen Offensive der Gewerkschaften.

Statt einer Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich wie in der Vergangenheit tragen nämlich heutzutage die Beschäftigten durch den Verzicht auf Lohnerhöhungen oder gar Kürzungen beim Gehalt einen Teil der Kosten. Die stärkere Individualisierung tarifvertraglicher Regelungen durch Wahloptionen stößt auch auf grundsätzlichere Kritik. Nicht wenige befürchten, dass Beschäftigte künftig einfacher gegeneinander ausgespielt werden können.

Mit der Einführung von Wahlmöglichkeiten und größerer Flexibilität entsprechen die Gewerkschaften jedoch den Wünschen der großen Mehrheit der Beschäftigten. Das zeigt neben der hohen betrieblichen Mobilisierungskraft und der großen Streikbereitschaft auch eine von der IG Metall vor der Tarifrunde abgehaltene Befragung zur Arbeitszeit, an der sich 680 000 Beschäftigte beteiligten.

Für mehr Freizeit sind viele Beschäftigte auch bereit, Lohneinbußen hinzunehmen. So entschieden sich im Zuge des Wahlmodells der EVG 60 Prozent für mehr Urlaub oder eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit und nur 40 Prozent für mehr Gehalt. Die stellvertretende EVG-Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba hält es für alarmierend, wenn Beschäftigte freiwillig auf Geld verzichten, um mehr Freizeit zu haben: »Das zeigt, wie angespannt die Situation an den

Arbeitsplätzen mittlerweile ist.«

Arbeitsverdichtung, Stress und eine stetig steigende Zahl an Überstunden lassen den Wunsch nach mehr Freizeit wachsen. Und so wird auch das Jahr 2020 von Arbeitskämpfen geprägt sein, bei denen der Kampf um die *disposable time* eine wichtige Rolle spielen wird. Im Herbst werden die Tarifbedingungen für mehr als zwei Millionen Beschäftige im Öffentlichen Dienst neu verhandelt – die Arbeitszeit dürfte im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen stehen.

Einer großangelegten Arbeitszeitstudie der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi zufolge, an der mehr als 200 000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes teilnahmen, war die freie Wahl zwischen mehr freier Zeit und mehr Geld für 92 Prozent der Befragten von großer Bedeutung. Die Mehrheit gab an, tarifliche Gehaltssteigerungen gegen die Verkürzung ihrer Arbeitszeit eintauschen zu wollen. Auch die IG Metall verhandelt 2020 erneut und will dabei ihren Kurs in der Arbeitszeitfrage beibehalten und das erkämpfte Wahlmodell weiter ausbauen.

Verhandlungserfolge werden die Gewerkschaften wohl nur mit großen Streiks durchsetzen können. Denn die Arbeitgeber haben ihre eigenen Vorstellungen von Flexibilisierung der -Arbeitszeit. Die Arbeitgeberverbände fordern eine »bedarfsorientierte Ausweitung des Arbeitszeitvolumens«. Statt weniger Arbeit nach Bedarf der Arbeitnehmer – wie in den zuletzt durchgesetzten Wahlmodellen – bedeutet das mehr Arbeit nach Bedarf der Arbeitgeber.

© Jungle World Verlags GmbH